Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 5.15 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.15 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Inseratenpreis 1 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 151. Freitag den 1. Juli 1921. 80. Jahrgang.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichshaushalt für das Rechnungsjahr 1921 zeigt an ungedeckten Ausgaben im ordentlichen und außerordentlichen Etat zusammen 53 430 Millionen Mark auf ohne die Verpflichtungen auf Grund des Ultimatums.

* Der Reichsentwaffnungskommissar stellt am 1. Juli seine Tätigkeit ein.

* Die englische Garnison hat die Insel Tenedos verlassen. Das Fort von Tenedos wurde den griechischen Behörden offiziell übergeben.

* Aus Smyrna melden die „Times", daß der Beginn der großen griechischen Offensive unmittelbar bevorsteht und daß der König, Prinz Georg und Prinz Andreas sowie General Papulos heute noch der Front abreisen.

* Der Kommunistische Kongreß in Moskau richtete an das deutsche Proletariat einen Aufruf, in dem rücksichtsloses Eintreten für Hölz gefordert wird.

* Der Kompromiß über die beiden Resolutionen Knox und Porter bezüglich der Erklärung des Friedenszustandes mit Deutschland soll Ende der Woche im Washingtoner Senat behandelt werden und nach Annahme dem Präsidenten zugehen.

* Nach Washingtoner Nachrichten verhandelt die amerikanische Regierung mit Portugal über den Ankauf der Azoren.

In Ketten.

Im eiligen Laufe dieser politisch so stark bewegten Zeit ist es fast schon in Vergessenheit geraten, daß sich vor wenigen Wochen vor dem höchsten deutschen Gerichtshof in Leipzig durch die Kriegsbeschuldigtenprozesse eine Tragikomödie abspielte, die zu den peinlichsten Mißtönen in den Nachklängen der Kriegszeit gerechnet werden muß. An einem der letzten Verhandlungstage war von einem der Verteidiger der Kernpunkt dieser Vorgänge in klaren Worten gezeichnet worden durch den Hinweis darauf, daß unter der Herrschaft der Waffen seit undenklichen Zeiten die Stimme der Gesetze schweigen mußte, und daß kein Soldat sich für irgendeinen militärischen Mißerfolg bei seinem vorgesetzten Offizier mit der Entschuldigung rechtfertigen kann, daß der Ausübung eines aus kriegerischen Rücksichten notwendigen Befehls vielleicht irgendein Paragraph eines für die Friedenszeit berechneten Gesetzbuches entgegengestanden habe.

Es bestand leider von vornherein keinerlei Hoffnung, daß man auf der andern Seite aus dem Verlauf der ersten Prozesse die Überzeugung gewonnen haben könnte, daß eine Fortsetzung dieses Spiels mit dem hohen ideellen Gute der Gerechtigkeit nicht nur den politischen Zwecken der Entente letzten Endes zuwiderlaufen mußte, sondern auch einen moralischen Schaden anrichten muß, der durch systematische Untergrabung eines gesunden Rechtssinnes sich schließlich über die Grenzen der einzelnen einander feindlichen Staaten wie eine ansteckende Krankheit hinaus ausbreiten würde. Man scheint drüben vielmehr entschlossen zu sein, dieses von Haß diktierte und somit letzten Endes törichte Beginnen bis zum Schlußpunkt des aufgestellten Programms durchzuführen. Nachdem man auf die im Friedensvertrag verlangte Auslieferung der angeblichen Kriegsverbrecher wohl oder übel verzichten mußte, glaubt man offenbar, daß man einen weiteren Rückzug aus der Sackgasse, in die man damals hineinrannte, nicht verantworten zu können. Eine neue Serie von Prozessen hat in Leipzig begonnen und man muß sogar erwarten, daß diesmal die Erregung weit höhere Wogen schlagen wird als bei jenem Vorspiel vor wenigen Wochen.

Während die ersten Prozesse verhältnismäßig geringfügige Dinge betrafen, sollen diesmal ernstere Fälle, Vorkommnisse von der Front selbst, verhandelt werden. Nicht Unteroffiziere und Mannschaften, sondern Generale und andere Offiziere erscheinen diesmal vor den Schranken des Gerichts, und die Aufmerksamkeit der Welt wird um so größer sein, als diesmal Frankreich und England an Stelle Belgiens als Ankläger auftreten. Besonders bezeichnend aber ist es, daß diese neue Sitzungsperiode des Reichsgerichts durch eine Episode eingeleitet wird, die jetzt zum Gegenstand einer kleinen Anfrage im Reichstage gemacht worden ist. Nach Blättermeldungen soll der unter den Angeklagten befindliche Oberleutnant z. See, Boldt, in Ketten gefesselt, nach Leipzig gebracht worden sein. Es muß zunächst dahingestellt bleiben, ob diese Nachricht in ihren Einzelheiten zutrifft, sie bleibt trotzdem charakteristisch und symbolisch für diese ganze Art von Gerichtsverhandlungen, die nicht unter dem Zeichen der Gerechtigkeit, sondern unter dem Schandmal einer politischen Justiz stehen. Das Reichsgericht kann sich zwar, wie es bisher auch geschehen ist, seinerseits von jedem Vorwurf freihalten, indem es das Urteil ohne irgendeine politische Rücksicht und Beeinflussung sucht. Aber die Tatsache, daß diese Prozesse überhaupt stattfinden, ist doch im Grunde nichts anderes als eine Auswirkung des Versailler Gewaltdiktats. Ganz gleich, ob diesem Oberleutnant wirklich Handschellen auf dem Wege nach Leipzig angelegt wurden, man sieht in Wahrheit doch jeden einzelnen der Angeklagten in Ketten gefesselt vor dem Gerichtshof stehen. Es sind die Ketten, die in Versailles dem ganzen deutschen Volke ausgebürdet wurden, und die nun, im krassen Widerspruch zu jeder ausgleichenden Gerechtigkeit, einige wenige, die am Verlauf des Krieges keine größere und keine geringere Schuld als jeden andern trifft, vor aller Welt zur Schau tragen sollen.

Darauf allein kommt es ja der Entente an. Man will unter allen Umständen ein Urteil erzielen, welches vor allem der neutralen Welt gegenüber wie ein Plakat herausgehängt werden kann, auf dem zu lesen steht: Dies sind die Kriegsverbrecher. Man muß schon zugeben, daß Methode in diesem Wahnsinn liegt. Aber diese Methode hat in ihrem wesentlichsten Teile schon Schiffbruch gelitten, und jetzt bleibt nur noch ein Rest zu retten, an dem man drüben mit um so verbissenerer Zähigkeit hängt. Auf der Lüge von der deutschen Kriegsschuld beruht ja das ganze Gebäude des Versailler Friedensvertrages. Der Deutsche ist ja nicht der Besiegte, sondern der Verbrecher, der bestraft werden soll. Nachdem es nun nicht gelungen ist, trotz der großzügigsten Propaganda, die die Welt je gesehen hat, dem deutschen Volke die alleinige Schuld am Ausbruch der Krieges aufzubürden, nachdem Lloyd George selbst zugeben mußte, daß diese Behauptung sich nicht halten läßt, versucht man nun wenigstens die einzelnen Fälle, in denen man Überschreitungen der Kriegsgebräuche zu erblicken glaubt, zu Verbrechen zu stempeln. Das ist auch der Grund dafür, daß in der belgischen Öffentlichkeit, unmittelbar nach dem Bekanntwerden der ersten Leipziger Urteile, ein Sturm der Entrüstung einsetzte. Davon will man natürlich nichts wissen, daß Kriegsgreuel der schlimmsten Art beiden Heeren der Entente, und nicht nur bei den schwarzen Truppen, in unerhörter Zahl verübt worden sind. Davon spricht niemand, daß diese Untaten niemals einen Richter finden werden. Auch davon, daß heute noch eine große Anzahl unglücklicher deutscher Gefangener in Avignon zurückgehalten werden, ist nicht die Rede, obwohl diese deutschen Soldaten nur wegen geringfügiger Vergehen nicht an der Front, sondern während ihrer Gefangenschaft über den Friedensschluß hinaus von der Heimbeförderung ausgeschlossen wurden.

Man kann sich nichts Widersinnigeres denken, als daß von seiten der Ententemächte zu einer Zeit, in der man vielerlei Anstrengungen macht, alle Kräfte zum gemeinsamen Wiederaufbau zu sammeln, alle nationalen Leidenschaften und alle schlimmen Erinnerungen an den Krieg in dieser unerhört einseitigen und ungerechten Weise erneut aufgepeitscht werden. Auch diese Ketten fühlt das deutsche Volk, und vielleicht schwerer, als die Lasten der finanziellen Wiedergutmachung. Es wird zu einem Wiederaufbau nicht fähig sein, so lange es diese Ketten trägt.

Dr. Th.

Der Wille zum Opfer.

Die bevorstehenden Steuerberatungen

Von besonderer Seite wird zu den kommenden Reichstagsberatungen über die neuen Steuerbelastungen geschrieben:

Auf die Annahme des Londoner Ultimatums soll nunmehr die Erfüllung folgen, und so tritt denn die Reichsregierung mit steuerlichen Anforderungen an unser Volk heran, wie sie niemals die Geschichte einer Nation zu verzeichnen gehabt hat. Erst jetzt wird es vielen klar werden, welche gigantische Bürde uns auferlegt ist, welch schweren Weg wir zu gehen haben. Werden wir ihn gehen können? Wir müssen, denn nur so vermögen wir zu neuer Freiheit und zu neuem Wohlstand zu gelangen. Eine Schicksalsstunde, nicht minder schwer wie in jenen Augusttagen des Jahres 1914!

Parteihaß und Parteihader haben uns getrennt, unser Leben vergiftet, Feindschaft in unseren Reihen gesät, wo Liebe und gegenseitiges Verstehen herrschen sollten. Sind wir denn nicht alle Kinder eines Landes, Schicksalsgenossen in schwerem Leid und tiefster Bedrängnis!? Haben wir nicht gemeinsam die furchtbaren Jahre des Krieges durchlebt, so manches Mal in bitterer Not einander suchend? Die kommende Zeit verlangt ein einig Volk, das in allen seinen Gliedern bereit ist, das Unvermeidliche zu tragen und sich aus dem Dunkel unserer Tage zu einer helleren Zukunft emporzuarbeiten. Ungeheuer sind die Aufgaben, die unser harren. Gilt es doch, Summen aufzubringen, die selbst in dieser Zeit des gänzlich veränderten Zahlensinnes nur schwer vorstellbar sind. Das wird aber nur möglich sein, wenn ein jeder unter uns seine Pflicht tut an seinem Teile. Arm und reich, Kapitalist und Arbeiter, jung und alt — an einen jeden ergeht der Ruf!

Niemals werden die Lebensfragen des deutschen Volkes gelöst werden können durch die Entfesselung gehässigen politischen Kampfes, dadurch, daß man die Brandfackel des Parteigezänkes in die Trümmerwelt unseres staatlichen Daseins schleudert. „Von diesem Standpunkt aus werden wir das große Problem nicht meistern können. Es wird dazu guter Nerven und ruhiger Objektivität bedürfen." Diese Worte des Reichskanzlers zeichnen den Weg vor, der bei der Behandlung der kommenden einschneidenden Finanzreform zu gehen sein wird. Diese „ruhige Objektivität" wird den unvermeidlichen Interessenkämpfen ihre Schärfe zu nehmen haben, wird dazu führen müssen, daß alle, die leisten können, bis zum äußersten das Ihrige tun. Auch jene, die über bisher noch nicht im gleichen Maße wie andere erfaßte Steuerquellen verfügen, werden im Hinblick auf den tiefen Ernst der Stunde dem Staate, d. h. der Volksgesamtheit, geben, was des Staates ist. Für den alles zersetzenden wirtschaftlichen Egoismus ist in der schwersten Zeit der deutschen Not kein Raum. Das dürfen wir ganz besonders bei der bevorstehenden Steuerkämpfen nicht vergessen, sollen wir jemals wieder einen Wiederaufstieg des deutschen Volkes zu neuer Größe erleben. Heute muß der „Wille zum Opfer" aus der klaren Erkenntnis unserer unabweisbaren Notwendigkeiten herauswachsen.

Der Reichshaushalt für 1921.

53 430 Millionen ungedeckt.

Für das Rechnungsjahr 1921 schließt der gesamte Reichshaushaltplan im ordentlichen Etat mit 48 459 Millionen Mark in Einnahme und Ausgabe. Es fehlen an ordentlichen Einnahmen 4 250 Millionen Mark zur Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben. 49 180 Millionen Mark sind im außerordentlichen Haushalt ungedeckt und durch Anleihen zu beschaffen. Unter den außerordentlichen Einnahmen von 10,5 Milliarden Mark befindet sich ein Betrag von 7,8 Milliarden Mark aus dem Reichsnotopfer, der zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Etats mit herangezogen werden soll. Aus dem Reichsnotopfer wird für das Rechnungsjahr 1921 eine Einnahme von insgesamt 10 Milliarden Mark erwartet. Für die Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung sind die Fehlbeträge für 1921 veranschlagt mit 4 515 Millionen Mark. Die Ausführung des Ultimatums in haushaltsrechtlicher Beziehung ist im Haushalt für 1921 noch nicht zum Ausdruck gekommen, sie wird einem besonderen Nachtragshaushalt vorbehalten bleiben.

Der polnische Rückzug geht weiter.

Die erste Zone erledigt.

Die Räumung Oberschlesiens durch die Polen hat energischer begonnen. Besonders im Norden und Süden wird der Rückzug bemerkbar. Die Lage in Oberschlesien ist im allgemeinen etwas ruhiger geworden. Dennoch ist darin und auch in den Anzeichen des Rückzuges nicht ein Aufhören des polnischen Aufstandes zu sehen. Die eigentliche Kampftätigkeit ist eingestellt. Nur hin und wieder werden Apo-Kommandos beschossen. Im Industriegebiet herrscht aber noch schlimmster Terror. Die Stimmung der Bevölkerung ist daher verzweifelt. Augenzeugen berichten aus Rybnik, daß die Stadt furchtbar leidet. In der Gegend von Czernowica sind polnische Truppenansammlungen festgestellt worden. Verhaftungen, Erpressungen und Verschleppungen sind an der Tagesordnung.

Der englische General Hennicker hat dem Führer des deutschen Selbstschutzes mitgeteilt, daß der Rückzug der polnischen Insurgenten aus der ersten Zone des Räumungsplanes tatsächlich beendet ist. Daraufhin hat General Hoefer gemäß der getroffenen Vereinbarung sofort die Umgruppierung des deutschen Selbstschutzes eingeleitet.

Die Polenführer halten in den Dörfern Versammlungen ab und erklären, im Falle einer ungünstigen Entscheidung würden sie den Kampf gegen Deutschland von neuem beginnen.

Aus Ratibor-Hamme treffen Flüchtlinge ein, denen in den letzten Tagen polnische Gestellungsbefehle zugestellt worden sind. Die deutsche Bevölkerung östlich der Oder befindet sich in großer Besorgnis vor den kommenden Ereignissen.

Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian" gibt seinem Blatte eine ausführliche Schilderung über das ungesetzliche Treiben der polnischen Insurgenten und über den Verfall der Industrie in dem von den Polen besetzten Aufstandsgebiet. Der Berichterstatter meldet aus Hindenburg, daß die Insurgenten in dem Kreise Anfang Mai 22 Personen ermordet haben. Gelder werden noch immer mit Waffen erpreßt. Der Berichterstatter schildert einen am letzten Sonntag vorgekommenen Fall, wobei ein Bürger in einem mit dem Stempel des Kommandeurs versehenen Schreiben, das der englische Berichterstatter selbst sah, aufgefordert wurde, eine Summe von 50 000 Mark zu bezahlen. In Tarnowitz haben die Insurgenten von der Stadt zwei Millionen Mark gefordert unter der Drohung, daß die Stadt dem Raube und der Plünderung überlassen werden würde, wenn diese Summe nicht gezahlt werde. In Hindenburg, das eine große deutsche Mehrheit aufweist, mußten alle Läden die Bezeichnungen in polnische Sprache umändern. Außerdem zwingen die Polen die Bevölkerung, überall polnische Farben (weiß-rot) anzubringen. In Bismarckhütte wurden die Betriebsleute, die alle Deutsche sind, gezwungen, eine Erklärung zu unterzeichnen, daß sie die polnischen Insurgenten den Truppen des Generals Hoefer vorziehen. Der englische Berichterstatter erklärt, diese Unterschriften würden zweifellos als Propagandamittel benutzt werden.

Was ein Franzose sagt.

Gustav Hervé bezeichnet in einem Leitartikel der „Victoire" die Zustimmung des Generals Hoefer zu dem Rückzugsplan der Interalliierten Kommission in Oberschlesien als einen neuen Beweis für den deutschen guten Willen. Warum, fragt er, versteift sich der Ministerpräsident in diesem Augenblick gegenüber der neuen deutschen Regierung mit ihren demokratischen Tendenzen darauf, die Aufhebung der im Rheinland gegen die alte reaktionäre Regierung ergriffenen Sanktionen zu verweigern? Er fürchtet, der Schwäche angeklagt zu werden. Er fürchtet die politische Unerfahrenheit vieler junger Abgeordneten, die von ihrem Haß gegen Deutschland oder von ihrer Furcht vor ihm verblendet die Räumung der Kohlenhäfen am Rhein und die Beseitigung der Zollinie als einen Rückzug betrachten würden. Will man die demokratischen Tendenzen in Deutschland begünstigen oder

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF